

Kurzgefaßte Geschichte Oberhessens

Jürgen Dauernheim

1. Einleitung

Fragt man heute Oberhessen in Oberhessen nach Oberhessen, kann es passieren, daß sie irritiert mit Gegenfragen antworten: „Ja, Oberhessen - was ist das eigentlich?“ „Gibt es denn das noch?“ „Was gehört überhaupt dazu?“ Vor allem die Errichtung des Regierungsbezirks Mittelhessen nährt Unsicherheit und Zweifel, noch in Oberhessen zu leben. In der jüngsten *Geschichte Hessens*, der von Bauer/Boehncke/Sarkowicz (2002), taucht der Begriff gar nicht mehr auf, Gleiches gilt für das 2000 herausgegebene *Hessen-Lexikon* oder das im gleichen Jahr von Karl Böhme bearbeitete *Hessen ABC*. Die *Brockhaus-Enzyklopädie* von 1971 bietet da doch noch mehr: „Oberhessen, bis 1937 Provinz des Landes Hessen nördlich vom Main, ... Hauptstadt war Gießen“, das von Rudolf Klein 1965 herausgegebene *Hessen-Lexikon* führt den Begriff gleich zweimal an: „O., Provinz im Großherzogtum und im Volksstaat Hessen. - Kreiseinteilung 1852: Alsfeld, Biedenkopf, Büdingen, Friedberg, Lauterbach, Nidda, Schotten, Vilbel, Vöhl. Hauptstadt war Gießen“. Und: „O., Provinz im Kurfürstentum Hessen. - Kreise: Marburg, Kirchhain, Frankenberg, Ziegenhain. Hauptstadt war Marburg.“¹ Ja, fragt sich der noch unwissende, aber wißbegierige Zeitgenosse verwundert, hat es denn zwei Oberhessen gegeben!? In der Tat, so war es, jedenfalls von 1604 bis 1866. Mit anderen Worten: Im Jahr 2004 könnten wir die 400-jährige Teilung Oberhessens begehen, denn überwunden wurde sie nicht. Nehmen wir dieses Jubiläum zum Anlaß, über Oberhessen und seine Geschichte nachzudenken.

Rudolf Klein umreißt exakt das Gebiet, das einst zu Oberhessen gehörte und dessen Bewohner sich zu recht als Oberhessen bezeichnen konnten und könnten. Die maximale Ausdehnung dessen, was einmal Oberhessen ausmachte, existierte staatsrechtlich von 1815 bis 1866, eben als die beiden Provinzen gleichen Namens, die großherzoglich hessen-darmstädtische und die kurhessen-kassel'sche. Die Erinnerung daran ist bei vielen aus der älteren Generation noch heute lebendig, dies zeigt sich in der Wetterau, dem Vogelsberg, dem Gießener und Marburger Raum, dem Hinterland, der Schwalm, im Ebsdorfer wie im

1 Klein, Rudolf, *Hessen-Lexikon*, Frankfurt 1965, S. 277.

Breidenbacher Grund, bis hinauf nach Battenberg, Frankenberg und Vöhl am Edersee - sogar in Wetzlar, nämlich in den heutigen Stadtteilen Herrmannstein und Naunheim. Aber das Wissen darüber schwindet, zumal unter Jüngeren. Als Gedächtnisstütze ist dieser Abriß gedacht und zugleich als Aufforderung, sich damit näher zu beschäftigen, denn die Geschichte dieser Region ist für fast 700 Jahre auch die Geschichte Oberhessens.

2. Seit wann gibt es überhaupt Oberhessen - und weshalb gleich zweimal?

Die Geschichte Oberhessens hängt mit der Vor- und Anfangsgeschichte Hessens zusammen. Hessen in seiner ersten eigenständigen staatsrechtlichen Erscheinungsform als Landgrafschaft Hessen bestand aus zwei größeren, nicht geschlossenen Territorialteilen, dem größeren Niederfürstentum um Gudensberg und Kassel, woraus später Niederhessen wurde, und dem kleineren Oberfürstentum um Marburg und Biedenkopf, woraus sich seit dem 16. Jahrhundert die Bezeichnung Oberhessen entwickelte. Beide Teilterritorien waren vor allem durch die damals eigenständige Grafschaft Ziegenhain, also die spätere Schwalm, voneinander getrennt.

Sophie von Brabant, eine Tochter der heiligen Elisabeth von Marburg - die einmal Landgräfin von Thüringen gewesen war - konnte nach dem Aussterben der Thüringer Landgrafen, der Ludowinger, im Jahre 1247 - in langwierigen, z. T. kriegerischen Auseinandersetzungen vor allem mit dem damals mächtigen Mainzer Erzbischof - die beiden Teilgebiete aus dem Erbe ihrer Mutter bzw. der Thüringer Landgrafen für ihren Sohn, den späteren ersten Landgrafen von Hessen, Heinrich I., behaupten. Haupt-, besser: Residenzstadt dieses ersten hessischen staatlichen Gebildes war bis 1277 die Marburg, die am stärksten gesicherte Burganlage Oberhessens, und die sich daran anschließende Siedlung. Die herausragende Bedeutung Marburgs hing mit dessen Rolle als Wirkungsort der heiligen Elisabeth zusammen, der mit tatkräftiger Unterstützung der Thüringer und später der hessischen Landgrafen vom Deutschen Orden zwischen 1235 und 1538 zur bedeutendsten Wallfahrtsstätte der abendländischen Christenheit nach Jerusalem, Rom und Santiago de Compostella ausgebaut worden war. Die eindrucksvolle gotische Elisabeth-Kirche legt noch heute beredtes Zeugnis davon ab.

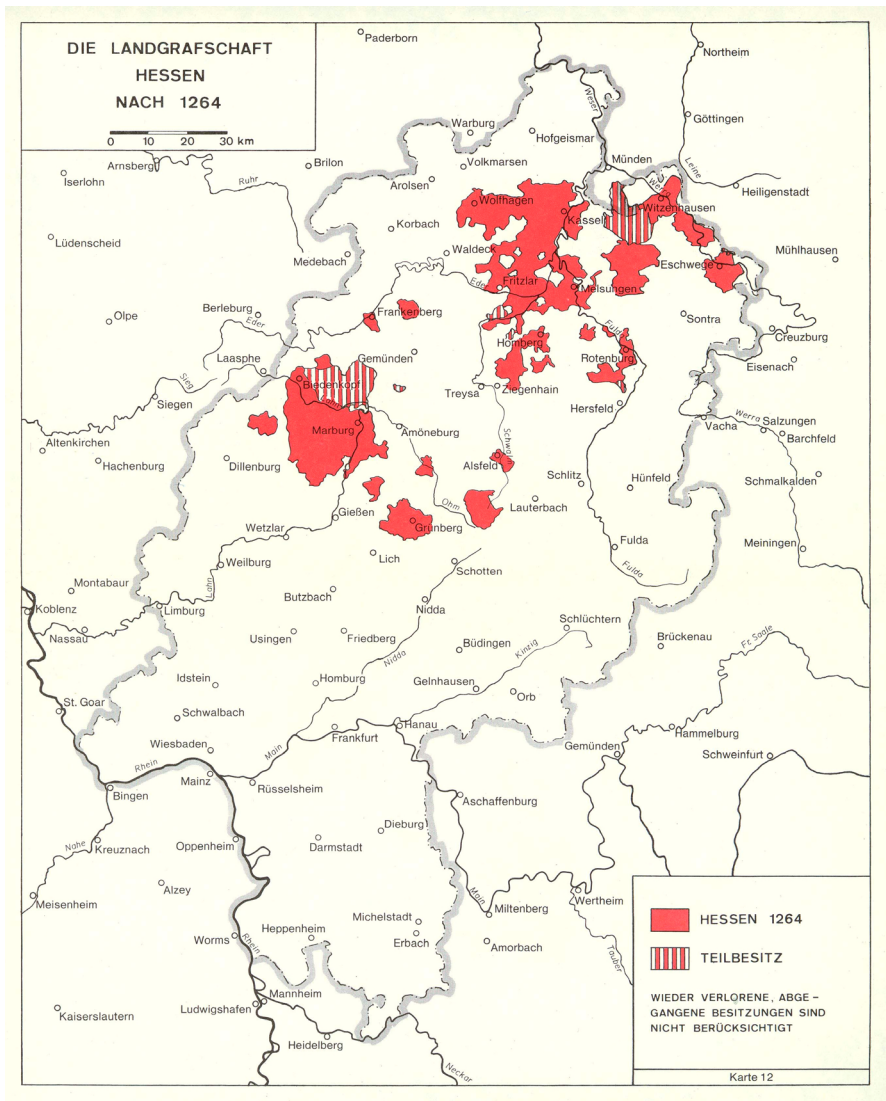
Das hessische Herrscherhaus fühlte sich, auch nach der Reformation, bis 1918 und darüber hinaus der karitativen Tradition der heiligen Elisabeth verpflichtet.

Doch schon Landgraf Heinrich I. verlegte 1277/8 die Residenz nach Kassel im Niederfürstentum, das spätere Niederhessen, weil er vor allem dort gegen den mächtigen feindlich gesinnten Mainzer Erzbischof, dessen Hauptstützpunkt die Büraburg in Fritzlar war, zu kämpfen hatte. Hauptort der Mainzer Bischöfe im späteren Oberhessen war damals die Amöneburg, gegen die schon Sophie von Brabant die nach ihr so genannte Burg auf dem Frauenberg errichten ließ - heute eine Ruine südöstlich von Marburg Richtung Ebsdorfer Grund. Wenn auch Marburg den Status der Residenz verlor, so blieb die Elisabeth-Kirche doch für längere Zeit noch die Grablege des Herrscherhauses aus dem Hause Brabant. Der Konflikt zwischen den hessischen Landgrafen und dem Mainzer Erzbischof, der zugleich Kanzler der Reiche war, sollte noch lange Hessens und damit auch Oberhessens Geschicke bestimmen.

Oberhessen oder - wie es anfangs genannt wurde - die „Lande an der Lahn“ bestanden damals aus einem geschlossenen Gebiet um das Lahnknie bei Biedenkopf und Fronhausen und dem vom Marburger Hauptland losgelösten Streubesitz um Lixfeld im Westen, Frankenberg und Frankenau im Norden, Nordeck/Allendorf an der Lumda, Homberg/Ohm, Alsfeld, Großfelda und Grünberg im Osten. Die „Nachbarn“ Oberhessens waren im Norden die Grafschaft Ziegenhain, im Osten die Reichsabteien Fulda und Hersfeld, im Westen die Grafen von Nassau, Diez, Solms und Katzenelnbogen, nordwestlich die Grafschaften Waldeck und Wittgenstein, im Süden die königsnahe Wetterau und - nicht zu vergessen - die Besitzungen des Erzbistums Mainz (s. Karte 12).

Allmählich gelang es den hessischen Landgrafen mittels Kauf, Tausch, Erbe oder Krieg Brücken zwischen den Exklaven zu schlagen und ihr Territorium zu erweitern. So erwarb Heinrich I. 1265 Gießen von Ulrich von Tübingen, das vorher gleichsam der nördliche Vorposten des Wetterauer Königslandes bildete, nun aber zum südlichen, wenn auch noch isolierten Vorposten der Landgrafschaft Hessen avancierte - denn zwischen Gießen und Marburg lagen als Mainzer Sperriegel die Burgen Staufenberg (ziegenhainisch) und Gleiberg (merenbergisch).

Insbesondere zwei Erbschaften hatten große Auswirkungen auf die Landgrafschaft und besonders Oberhessen: das Erbe der Grafschaft Ziegenhain 1450 im Norden und in der Wetterau und jenes der Grafschaft Katzenelnbogen 1479 im Süden.



Der Anfall der Grafschaften Ziegenhain und Nidda 1450 brachte die lange ersehnte Landverbindung zwischen Nieder- und Oberhessen - der Paß über den Gilser Berg war frei - und zugleich eine beträchtliche Gebietserweiterung zumal für Oberhessen: Treysa, Ziegenhain, Neukirchen, Rauschenberg, Staufenberg, also das Gebiet der Schwalm, Londorf und Nidda wurden jetzt (ober-)hessisch. Oberhessen erstreckte sich nun, wenn auch nicht zusammenhängend, von Echzell und

Bingenheim in der Wetterau bis nach Frankenberg und zur Grenzwarte „am Spies“, heute Spieskappel (Frielendorf). Allerdings teilten sich zunächst von 1308 bis 1328 und dann von 1458 bis 1493 je zwei Landgrafen die Herrschaft über die Landgrafschaft Hessen. Am Spies, der alten Grenzwarte und häufiger Ort gemeinhessischer Landtage, verlief die Grenze zwischen Niederhessen und Oberhessen. Der oberhessische Landesteil wurde für die Zeit des ausgehenden Mittelalters bis zur Zeit Philipps des Großmütigen auch als Oberfürstentum bezeichnet.

Mit dem Erbanfall der Grafschaft Katzenelnbogen 1479 rückte die Landgrafschaft weit nach Süden über den Main vor und gewann eine starke Position an Rhein und Main. Die spätere Provinz Starkenburg mit Darmstadt als Hauptort wurde erst damals hessisch.

(Ober-)Hessen faßte endgültig in der Wetterau Fuß und mit der Zeit wurde die Landgrafschaft dort zur dominierenden Macht, was nicht ohne langwierige kriegerische Händel abging. Erinnert sei nur an den „Sternkrieg“, der von 1367 bis 1371 zwischen dem Landgrafen und dem Wetterauer Grafenverein um die Vorherrschaft in jener Region tobte.

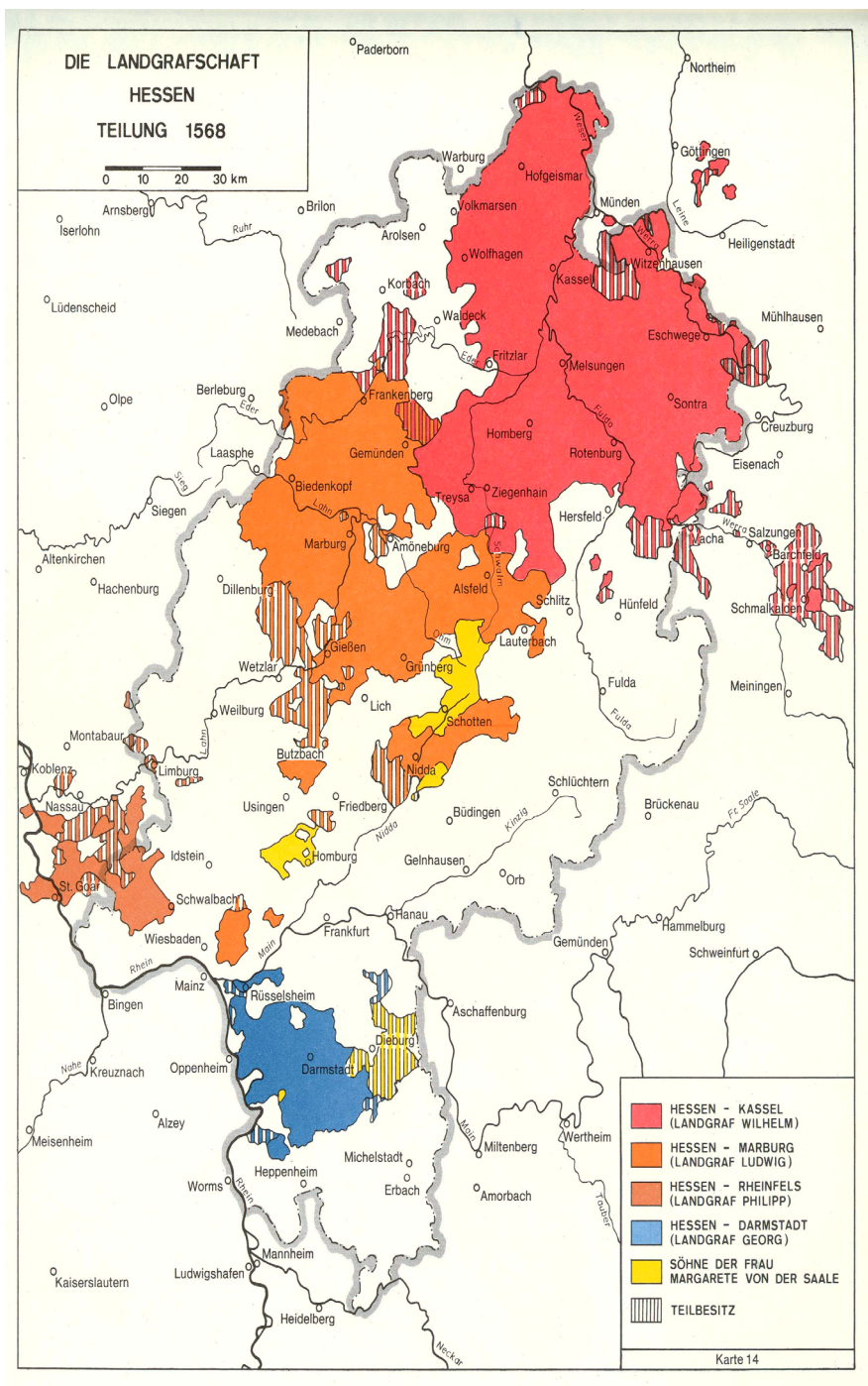
Strategisch gesehen geriet Oberhessen nun in eine Mittellage zwischen dem nördlichen Niederhessen und dem neuen Darmstädter Teil, zu dem es aber keine direkte räumliche Verbindung hatte. Die Reichsstädte Frankfurt und Friedberg lagen ebenso dazwischen wie einzelne kleinere Territorien, etwa jene der Grafen zu Solms.

3. Philipp der Großmütige - ein Höhe- und Wendepunkt in der (ober-)hessischen Geschichte

Einen weiteren sehr wichtigen und tiefgreifenden Einschnitt mit z. T. verhängnisvollen Auswirkungen für (Ober-)Hessen brachte die Herrschaft Philipps des Großmütigen (1504 - 1567). Er zerschlug ganz zu Anfang mit seinem Sieg über Franz von Sickingen 1522 die seit langem schwelende Revolte der hessischen Reichsritterschaft, die gerade im späteren Oberhessen - besonders in der Wetterau - stark vertreten war, er zerstörte mit der Vernichtung der aufständischen Bauernheere im Bauernkrieg 1525 die Hoffnungen seiner bäuerlichen Untertanen auf eine Verbesserung ihrer Lebenslage gerade auch in Oberhessen, im Vogelsberg und der Wetterau, auf dem Lande und in den Städten - denn diese waren alle Ackerbürgerstädte. So verfestigte er die verhängnisvolle Kettung der großen Bevölkerungsmehrheit an die drückenden Abgaben- und Frondienstlasten gegenüber dem Adel. Die bäuerliche Bevölkerung aber ließ sich von dieser furchtbaren Niederlage in den folgenden Jahrhunderten - gerade auch in Oberhessen -

nicht unterkriegen und suchte sich mit teilweise erfolgreichen Klagen vor Reichsgerichten, mit Aufständen und Revolten zu wehren.

Landgraf Philipp führte in Hessen 1526 die Reformation ein, löste die Klöster auf und zog deren immobilien Besitz ein; in Marburg wandelte er Klostergebäude 1527 um in die erste protestantische (lutherische) Universität. Zu ihrer finanziellen Unterhaltung dienten die Einkünfte aus den Besitzungen anderer aufgelassener Klöster, wie etwa die des Antoniterklosters zu Grünberg; andernorts entstanden in ehemaligen Klöstern „Hohe Hospitäler“, so in Haina für Oberhessen, oder ein Stift für unverheiratete adlige Damen, wie in Wetter. Philipp beendete auch den jahrhundertealten, nunmehr aber als „katholisch“ und nicht protestantisch geltenden Heiligenkult mit Prozessionen und Pilgerfahrten um seine Stamm-Mutter, die heilige Elisabeth, wodurch Marburg massive wirtschaftliche Einbußen erlitt. Gleichwohl hielt er - wie seine protestantischen Nachfolger bis zum Ende der Monarchie und darüber hinaus - an Elisabeth als Legitimationsfigur des Hauses Hessen fest. Die Gründung der vier „Hohen Hospitäler“ läßt sich durchaus als Fortführung ihres Wirkens im protestantischen Sinne deuten. Mit dem Marburger Religionsgespräch 1529 richteten sich die Augen Europas auf die in Oberhessens Residenz auf Einladung Philipps versammelten ober- und mitteldeutschen protestantischen Reformatoren, die eine Einigung zwischen Lutheranern und Reformierten herbeiführen sollten, aber ohne Erfolg blieben, was sich bald gerade auf Oberhessen verhängnisvoll auswirken sollte. Noch gravierendere Folgen hatte allerdings Philipps letztwillige Verfügung für die Landgrafschaft und hier besonders für ihren oberhessischen Teil. Zwar galt damals auch für Hessen schon die Primogenitur, also das Erstgeburtsrecht in der männlichen Thronfolge, doch hatte sich Philipp durch seine unglückselige Doppelheirat mit Margarethe von der Saale - neben seiner rechtmäßigen ihm angetrauten Ehefrau! - in eine äußerst fatale Lage gebracht: der Führer des protestantischen Lagers desavouierte sich und seine Sache durch diese Bigamie, die nach damaligem Rechtsverständnis, niedergelegt in der „Peinlichen Gerichtsordnung“ (Carolina) Karls V., ein todeswürdiges Verbrechen darstellte. Er gefährdete dadurch auch die protestantische Sache aufs höchste. Damit nicht genug, er setzte auch die Einheit, ja die Existenz seiner geraden erst in hohem europäischem Ansehen stehenden Landgrafschaft Hessen aufs Spiel, indem er sie in seinem Testament unter seinen legitimen und illegitimen Kindern aufteilte.



4. Die Teilung der Landgrafschaft Hessen

Die Landgrafschaft Hessen zerfiel also nach Philipps Tod 1567 zunächst in vier Teile: Niederhessen, der größte Teil - etwa die Hälfte - fiel an den ältesten legitimen Sohn, Landgraf Wilhelm IV., hinfort Hessen-Kassel genannt, das nun auch die Grafschaft Ziegenhain umfaßte. Landgraf Ludwig IV. erhielt die Landgrafschaft Hessen-Marburg (Oberhessen) - etwa ein Viertel des Gesamtterritoriums - mit Marburg als Residenzstadt, aber eben ohne die Schwalm. Landgraf Georg, der Jüngste, bekam mit der Obergrafschaft Katzenelnbogen, hinfort Hessen-Darmstadt genannt, ebenfalls ein knappes Viertel, an Landgraf Philipp d. Jüngeren ging die Niedergrafschaft Katzenelnbogen, Hessen-Rheinfels genannt. Da die illegitimen Söhne 1603 schon alle gestorben waren, war das Erbe ganz an die legitimen Söhne gefallen. Nach dem Erlöschen der Linie H.-Rheinfels gingen Schotten und Homburg v. d. H. an H.-Darmstadt, und Landgraf Ludwig IV. gewann für H.-Marburg (Oberhessen) das Amt Lißberg und die Hälfte der Grafschaft Itter (Vöhl) - heute am Edersee gelegen (s. Karte 14).

Die Landgrafschaft H.-Marburg, das althessische Oberfürstentum, war in Philipps letztem Willen präzise beschrieben und umfaßte ungefähr 30 Ämter und Städte, etwa 53 400 Einwohner, die überwiegend in der Landwirtschaft tätig waren,² daneben gab es eine ansehnliche Woll- und Tuchproduktion, die auch in den Export ging. Die Residenz Marburg, schon in früheren Jahren großzügig ausgebaut, erfuhr eine nachdrückliche Förderung, die große Schloßterrasse von der Stadt hinauf gehört dazu; in der Festungsstadt Gießen, in der schon Philipp der Großmütige das sogenannte neue Schloß errichtet hatte, kam nun das Zeughaus hinzu (Baumeister: Ebert Baldewein). Auch der sehenswerte barocke Elisabeth-Brunnen bei Schröck stammt aus jener Phase des Oberfürstentums.

Als Ludwig IV. 1604 kinderlos starb, hatte er testamentarisch die nördliche Hälfte seiner Landgrafschaft mit der Residenz- und Universitätsstadt Marburg seinem Neffen in Hessen-Kassel vermacht, die südliche Hälfte mit der neuen Residenz- und alten Festungsstadt Gießen aber jenem in Hessen-Darmstadt. Der Darmstädter Landgraf Ludwig V. jedoch war nicht mit einer hälftigen Teilung einverstanden und setzte alles daran, einen größeren Teil Oberhessens zu gewinnen. Darüber gerieten die beiden verbliebenen hessischen Linien derart in Streit miteinander, daß sie sich sogar bekriegten, der sogenannte Hessenkrieg von 1646 - 48 in der Endphase des Dreißigjährigen Krieges

2 Rudersdorf, Manfred, Ludwig IV., Landgraf v. Hessen-Marburg 1537 - 1604, Mainz 1991, S. 171 ff.

war der traurige Höhepunkt dieser verheerenden Erbauseinander-
setzung. Nie mehr sollte die einstige Landgrafschaft Philipps des
Großmütigen oder dessen Oberhessen vereint werden. Unglücklicher-
weise bot auch eine Klausel im Testament Ludwigs IV. der Darm-
städter Linie eine legale Handhabe gegen den Kasseler Vetter Moritz:
Landgraf Ludwig IV. - ein gläubiger orthodoxer Lutheraner - hatte
nämlich verfügt, daß der lutherische Bekenntnisstand seiner Landgraf-
schaft bei Strafe des Verlustes der Erbschaft nicht verändert werden
dürfe, Kassels Landgraf Moritz aber, der 1603 zum reformierten Be-
kenntnis übergewechselt war, wollte dieses so wie in Niederhessen
auch in seinem Teil Oberhessens durchsetzen - ein klarer Bruch des
Willens des Erblassers aus Marburg. Nicht nur, daß der ebenfalls
orthodox-lutherische Vetter Ludwig V. aus Darmstadt frohlocken
konnte, die oberhessische Bevölkerung in Moritz' Herrschaftsbereich,
vor allem auch die lutherischen Pfarrer und Universitätsprofessoren
Marburgs, lehnten sich dagegen auf, und es kam zu massiven Protest-
reaktionen, in deren Verlauf fast die gesamte lutherische Pfarrerschaft
vertrieben wurde und viele Marburger Professoren in das benachbarte
oberhessische Gießen flohen, wo Landgraf Ludwig V. 1605 nur zu
gerne eine lutherische Gegen-Universität mit einem vorgeschalteten
Pädagog gründete, die Geburtsstunde der heutigen Justus-Liebig-Uni-
versität, der ehemaligen Ludoviciana, und des Landgraf-Ludwigs-
Gymnasiums.

Im Verlaufe dieser fast fünfzigjährigen Erbstreitigkeiten zwischen
Hessen-Kassel und Hessen-Darmstadt um Oberhessen verbündete sich
ersteres mit den lutherischen Schweden und dem katholischen Frank-
reich, während sich H.-Darmstadt von dem kaiserlichen katholischen
Lager Hilfe erhoffte und bekam. Bezahlen aber mußte in diesem zwar
religiös begründeten, aber letztlich machtpolitischen Familienstreit vor
allem die Bevölkerung Oberhessens, die mal unter dem einen Lager,
mal unter dem anderen Lager zu leiden hatte. Lange schien es so, als
würde die Darmstädter Seite gewinnen, gelang es ihr doch, zusammen
mit den Verbündeten das gesamte Oberhessen zu erobern. Dabei wurde
auch die gerade erst in Gießen gegründete Universität wieder nach
Marburg verlegt.

Doch schließlich erreichte Amelie Elisabeth, die Witwe Landgraf Wil-
helms V. von Hessen-Kassel, im Bündnis mit Gustav Adolf die Rück-
eroberung „ihres“ oberhessischen Anteils.

Am Ende des „Hessenkrieges“, der mit jenem des Dreißigjährigen
Krieges zusammenfiel, war die Landgrafschaft Philipps des Großmü-
tigen endgültig zerteilt - jedenfalls bis 1946, das ursprüngliche Ober-

hessen, das einstige Oberfürstentum, die spätere Landgrafschaft Hessen-Marburg aber blieb es bis heute.

5. Die Teilung Oberhessens und die Entwicklung der beiden oberhessischen Teile

Nach 1648 war Hessen - wie Oberhessen - zweigeteilt, und beider Geschichte verlief weithin getrennt. Hessen-Darmstadt konnte als „Kriegsbeute“ den größeren Teil Oberhessens für sich verbuchen, zunächst die ihm laut Testament zustehende südliche Hälfte, jetzt aber ergänzt um ein Viertel der alten Kasseler Hälfte, das aus Darmstädter Sicht sogenannte „(hessische) Hinterland“ mit den Ämtern Königsberg, Blankenstein mit dem Breidenbacher Grund, Biedenkopf, Battenberg und Hatzfeld, sowie die Hälfte der Grafschaft Itter (Vöhl, Höringhausen und Eimelrod), insgesamt waren es 24 (von 48) Ämtern der Darmstädter Landgrafschaft. Hauptort dieses Darmstädter Oberhessen war die alte hessische Festungsstadt Gießen, in der es jetzt eine Regierung, Verwaltungs-, Gerichts- und Polizeibehörden gab und die auch wieder ihre Universität, genauer: die Hälfte der Marburger Bestände, erhielt und insofern von der traurigen Entwicklung profitierte. Zu fragen bliebe, ob dieser Zugewinn die großen Verluste an Menschen (bis zu 60%) und Tieren, die Zerstörungen und Verwüstung von Städten, Dörfern, Höfen und Feldern, die vor allem Oberhessen zahlen mußte, wert gewesen war.

Nachzutragen ist, daß aus dem Darmstädter Teil in jenen Jahren zwei Teilgebiete ausgegliedert waren - die kleine Landgrafschaft Hessen-Butzbach unter Landgraf Philipp III. von 1609 bis 1643 und die Landgrafschaft Hessen-Homburg (mit Unterbrechungen) von 1622 - 1866, als sie nach dem Erlöschen der Linie für wenige Monate an Darmstadt „heimfiel“, um nach dem deutschen Bruderkrieg dann ein Teil Preußens zu werden.

Das Kasseler Oberhessen, dessen lutherischer Religionsstand anerkannt worden war - allerdings mit der Möglichkeit, in diesem Landesteil auch reformierte Gemeinden zu gründen -, umfaßte das alte Zentrum Marburg mit ähnlichen Institutionen wie Gießen sowie Kirchhain, Frankenberg und nun auch wieder Ziegenhain mit Umland; die Schwalm wurde also wieder Teil Oberhessens. Dieser gesamt-oberhessische Gebietsstand blieb so im wesentlichen bis zur Zeit der napoleonischen Herrschaft in Deutschland.

Die durch die erbitterte und langwierige Auseinandersetzung um Oberhessen angeheizte Rivalität zwischen den beiden hessischen Staaten um die politische Vorherrschaft im hessischen Raum aber führte in den

folgenden Jahrhunderten zu einer wachsenden tiefen Entfremdung, die sich in Oberhessen besonders bitter auswirkte, insofern sie jahrhundertalte Verbindungen zerstörte und bisweilen bis heute nachwirkende Rivalitäten schuf, etwa die zwischen Gießen und Marburg.

Hessen-Kassels Politik war mehr „norddeutsch-preußisch“ ausgerichtet, Hessen-Darmstadts hingegen mehr „süddeutsch“, hier hielt man am Bündnis mit dem habsburgischen Kaiserhause fest - bis 1866. So konnte im 19. Jahrhundert in Hessen die Vorstellung aufkommen, die Grenze zwischen Nord- und Süddeutschland verlaufe zwischen Gießen und Marburg, dies galt erst recht, als der nördliche Teil 1866 preußisch wurde. Noch heute gibt es Gießener oder Alsfelder, die nicht nach Wetzlar bzw. Ottrau gehen, weil es „preußisch“ ist.

6. Die Zeit nach dem Dreißigjährigen Krieg

Beide (Ober-)Hessen standen nach dem verheerenden Dreißigjährigen Krieg vor ähnlichen Problemen: Der kriegs- und pestbedingte Bevölkerungsausfall mußte nach Möglichkeit ersetzt („Peuplierung“) und die darniederliegende und vielfach zerschlagene Wirtschaft wieder aufgebaut werden. Dabei wurde in den beiden hessischen Landgrafschaften teilweise ähnlich verfahren, nämlich zunehmend absolutistisch, allerdings durchaus mit unterschiedlicher Akzentsetzung.

Während der Kasseler Landgraf Karl französischen reformierten Protestanten, Hugenotten und Waldensern, Ansiedlungsmöglichkeiten bot und damit auch in seinem Oberhessen etwa ein Dutzend teilweise zunächst französischsprachige Gemeinden entstanden, z. B. um Cölbe herum - Schwabendorf, Wiesenfeld, Todenhausen, Louisendorf u. a. -, am Frauenberg oder in der Schwalm, in denen zugleich modernere landwirtschaftliche Methoden (u. a. Stallfütterung und Mastochsenhaltung) und neue Gewerbe (Tuch-, Strumpf- und Handschuhproduktion) eingeführt wurden, hatten die Darmstädter Herrscher - orthodoxe Lutheraner - wie auch ihre Bevölkerung mit der Ansiedlung von Reformierten große Probleme. Wenn es dennoch damals zu Ansiedlungen ausländischer Glaubensflüchtlinge in dem nach dem Wiener Kongreß 1815 dann zu H.- Darmstadt gehörenden Gebiet kam, war dies in den kleinen, zu jener Zeit noch selbständigen Standesherrschaften geschehen, von denen Oberhessen, besonders Wetterau und Vogelsberg, durchsetzt war. Vor allem die Isenburger und die Solmser (in Vilbel) taten sich hier hervor. Auch die pietistisch-herrenhuthische Siedlungstätigkeit im Isenburger Land im Umkreis der Ronneburg (Herrenhag) gehört in diesen Zusammenhang.

Staatshaushalt und Schuldendienst wurden von Hessen-Kassel durch die Vermietung hessischer Truppen an ausländische Mächte („Subsidien“, und „Soldatenhandel“ sind die Stichworte), z. B. an England, erfolgreich saniert, während in Hessen- Darmstadt die Staatsschulden durch eine schier grenzenlose Jagd- und Bauleidenschaft der Herrschenden, besonders der Landgrafen Ludwig VII. und Ernst Ludwig, weiter ruiniert wurden. Gerade in ihrem Oberhessen, besonders im Hinterland und im Vogelsberg, aber auch in der Wetterau wurden Jagdschlösser, ja ganze Dörfer errichtet (Neujägersdorf, Jägertal, Zwiefalten, Konradsdorf, in der Harb, Romrod, um nur einige zu nennen), um kostspieligen und aufwendigen Parforce-Jagden und - besonders in Oberhessen - „eingestellten Jagden“ zu frönen. Hierbei wurden, ohne sich durch etwaige jahreszeitlich bedingte Rücksichten einschränken zu lassen, Felder, Wälder und Fluren vernichtet, die Bauern von der Feld- und Erntearbeit weggeholt und zu Jagdfronden gezwungen, gleichwohl hatten sie die jährlichen Abgaben zu entrichten. Gegen den überhandnehmenden Wildbestand durften sich die Ärmsten nicht einmal wehren. Auch die vielen kleinen und kleinsten damals noch eigenständigen Standesherrschaften, von denen Oberhessen geprägt war, versuchten es den Landgrafen gleichzutun - und endeten oft im Bankrott. Den Darmstädter Landgrafen retteten davor nur die guten Beziehungen zum Kaiserhaus in Wien.

Die zu jener Zeit meist in Frondiensten errichteten schönen Schlösser und Parks im Vogelsberg und der Wetterau machen allerdings noch heute mit den Reiz der Region aus.

Auswanderung - lange gegen den Willen der Landesherren - blieb oft der einzige Ausweg für die Geplagten, der große Rußlandzug 1766 bildete einen ersten Höhepunkt.

Doch auch mit Prozessen gegen ihren Landesherren vor dem Reichsgericht wehrten sich Bauern, etwa die Freienseener gegen den Solms - Laubacher Grafen - und hatten zuweilen auch Erfolg.

Die Zeit bis zur Französischen Revolution war auch in Oberhessen von vielen Kriegen geprägt: Die Expansionskriege Frankreichs unter Ludwig XIV. gegen das Alte Reich zogen immer wieder auch die hessischen Lande in Mitleidenschaft, man denke nur an die verschiedenen Erbfolgekriege jener Epoche, so fielen etwa 1673 französische Truppen in die Wetterau ein. Besonders schlimm wirkte sich der Siebenjährige Krieg von 1756 - 1763 auf unsere Region aus. Deutschland war in diesem Ringen zwischen Frankreich mit Verbündeten und England mit seinen Koalitionspartner zwar nur ein Nebenkriegsschauplatz, doch Oberhessen ein wichtiges Aufmarsch- und Kampfgebiet. Hessen-Darmstadt war, der Tradition des Hauses folgend, mit Habsburg liiert,

dessen Kaiserin Maria Theresia auf Revanche gegenüber Friedrich II. von Preußen drängte, der ihr zuvor Schlesien abgenommen hatte. Sie verbündete sich daher mit Frankreich und Rußland. Hessen-Kassels Landgraf hatte sich hingegen durch Subsidienvträge an England gebunden, mit dem Preußen seit 1756 verbündet war. England gelang es nicht, Hessen - Kassel und dessen Oberhessen vor dem Einfall der Franzosen zu bewahren, das Land wurde mehrfach von ihnen besetzt und geplündert, allein Marburg wechselte 15mal während dieses Krieges den Besitzer, die Elisabethkirche entging dabei nur um Haaresbreite dem Schicksal der Hersfelder Stiftskirche, die damals in eine Ruine verwandelt wurde. Marburgs Stadt und Schloß waren danach vielfach beschädigt, und die nutzlose Befestigung des Schloßberges mußte in sechsmonatiger Fronarbeit der Landbevölkerung abgetragen werden.

Gießen wurde zwar nicht vom Feind besetzt, es hatte „nur“ die Einquartierung der fanzösischen Verbündeten zu ertragen, was aber auf eine Besatzung hinauslief, wenn sie auch keine direkten Beschädigungen verursachte. Das letzte große Gefecht des Siebenjährigen Krieges auf deutschem Boden fand am 21.9.1762 an der Brücker Mühle unterhalb der Amöneburg statt. Die Franzosen versuchten dort den Übergang über die Ohm und dann weiter den Durchbruch nach Kassel zu erzwingen - vergeblich. Ein eindrucksvolles Sandsteinmonument erinnert noch heute an den in der Mühle abgeschlossenen Waffenstillstand. Danach rückten die Franzosen ab, wobei das Hersfelder Stift in Flammen aufging. Der Krieg hatte Hessen, besonders aber Oberhessen - zumal 1761 - sehr schwere Verwüstungen zugefügt. Zu den vielfältigen Kriegslasten kamen schließlich noch Epidemien, Mißernten, Viehseuchen, erhöhter Abgabendruck und Geldentwertungen hinzu, so daß erneut sehr viele Menschen verarmten und es in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zu einer der größten Auswanderungswellen nach Rußland kam.

Um den Staatsbankrott in Hessen-Darmstadt abzuwenden, kam es zu einzelnen Reformen, die u. a. 1777 zur Einrichtung einer Ökonomischen Fakultät an der Gießener Universität führten oder die Landwirtschaft durch Wiesenmeliorationen, Kleeanbau und Einführung der Stallfütterung verbesserten - Verbesserungen, die in Hessen-Kassel die hugenottischen Zuwanderer schon mitgebracht hatten. Dort konnten dank der ständig fließenden Subsidien Gelder für die kasselschen Truppen nicht nur die Verbesserung von Kultur, Städtebau und Landwirtschaft erreicht, sondern sogar noch die Steuern gesenkt werden.

Das Bild Landgraf Friedrichs II. v. H.-Kassel aber ist für die Nachwelt nachhaltig u. a. durch F. Schillers „Kabale und Liebe“ geprägt. Zu sei-

ner Entlastung ließe sich anführen, daß er nicht der einzige „Soldatenhändler“ jener Zeit war - auch an Laubachs Grafen gibt es ein Dankschreiben des Preußen-Königs für einen prächtigen langen Kerl -, der Kasseler Friedrich aber zog den meisten Gewinn für die Staatsfinanzen daraus.

Für die vielen kleinen Adelsherrschaften im oberhessischen Raum bedeuteten die Versuche, den Anschluß an die fürstliche Adelskultur nicht völlig zu verlieren - sie bauten ihre Burgen zu repräsentativen Schlössern um und genehmigten sich den damit verbundenen Prestigegewinn - häufig die völlige Verschuldung, und der Bankrott konnte oft genug nur durch die kaiserliche Debit (= Schulden)kommission aufgefangen werden. In jedem Falle aber stiegen die Belastungen der Bauern weiter.

Gegenüber den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen, wie sie dann ab 1789 im revolutionären Frankreich realisiert wurden, war (Ober-)Hessen hoffnungslos veraltet, dies betraf die ständische Gesellschaft ebenso wie die feudale Agrarwirtschaft und die städtische Wirtschaft mit ihrer Zunftverfassung.

7. Die Zeit der französischen Revolution 1789 und der Herrschaft Napoleons in Oberhessen

Die Französische Revolution und besonders die napoleonische Herrschaft veränderten die politische und gesellschaftliche Situation im oberhessischen Raum in einem Maße, wie dies vorher noch nie geschehen war, auch territorial ergaben sich gravierende Änderungen.

Die ersten Kontakte zu den revolutionären Ideen beschränkten sich in Oberhessen zunächst auf einige Gebildete in den Städten, so gab es in den 1790er Jahren kleine Jakobinerzirkel in der Universitätsstadt Gießen und in der Reichsstadt Wetzlar, wo sich das Reichskammergericht befand. Die beiden hessischen Staaten kämpften selbstverständlich auf Seiten der antifranzösischen Allianz; in erste direkte Berührung mit den Revolutionstruppen geriet die Region 1790, als diese vorübergehend in die Wetterau eindringen, aber wieder zurückgedrängt werden konnten; fortan blieb Oberhessen jedoch Auf- und Durchmarschgebiet für die Armeen Preußens und Österreichs, bis es 1795 wieder mehrfach von den französischen Truppen besetzt wurde. Nach einem vorübergehenden Waffenstillstand eroberten diese 1796 die Wetterau mit deren Hauptort Friedberg. Durch den Frieden von Campo Formio zwischen Österreich und Frankreich wurde 1797 die Nidda als Demarkationslinie zwischen den Truppen festgelegt, so daß die Landgrafschaft Hessen-Darmstadt, besonders dessen Oberhessen, geteilt

war. Hatten Dörfer und Städte schon unter den direkten Kriegshandlungen schwer zu leiden gehabt - Beispiel: Plünderung Niddas - trieben die monatelangen Einquartierungen und hohen Kontributionen die Lebensmittelpreise immer höher und stürzten immer breitere Schichten in die Verarmung, der Lehrbetrieb an der Ludoviciana kam fast zum Erliegen. 1798 nahm Landgraf Ludwig X. notgedrungen die Neutralitätskonvention Frankreichs an, und Gießen wurde von Revolutionstruppen besetzt, die hier von 1796 bis 1799 ihr Hauptquartier aufgeschlagen hatten. Der Reichsdeputationshauptschluß von 1803 gliederte dem Hessen-Darmstädter Oberhessen in der Wetterau u. a. die Abtei Marienschloß und die Reichsstadt Friedberg ein. Das Hessen-Kasseler Oberhessen gewann nur die kurmainzischen Dörfer um Amöneburg und Neustadt hinzu. Da sich Hessen-Kassel aber, das gerade Kurfürstentum von Napoleons Gnaden geworden war, weigerte (wie auch Nassau-Oranien und Hessen-Homburg), Mitglied des Rheinbundes zu werden, büßten alle drei Staaten mit der Auslöschung ihrer staatlichen Existenz. Das kurhessische Oberhessen war danach Teil des von Napoleons Bruder Gerome regierten Königreichs Westphalen mit Kassel als Hauptstadt. Hessen-Darmstadts Landgraf Ludwig X. widersetzte sich zunächst auch wiederholt der Aufforderung Napoleons, dem Rheinbund beizutreten, folgte schließlich aber unter dem Eindruck der Besetzung seines Landes dem Beispiel Bayerns, Badens und Württembergs. Zur Belohnung erhielt er die Großherzogswürde und durfte auf der Königsbank der Rheinbündler Platz nehmen. Außerdem gewann er 1806 für sein Oberhessen noch die Landgrafschaft Hessen-Homburg, die Burggrafschaft (Reichsburg) Friedberg, die Ganerbschaft Staden, die Herrschaft Ilbenstadt sowie die Territorien derer zu Solms (-Lich, -Laubach und -Rödelheim), zu Stolberg (-Gedern und -Ortenberg), der Schlitz, genannt Görtz, und der Riedesel zu Eisenbach. Diese Adligen unterstanden künftig zwar dem Großherzog von Hessen und bei Rhein als Landesherren, behielten aber als privilegierte „Standesherren“ ihren materiellen Besitz einschließlich des im Falle Solms-Laubach kurz zuvor gewonnenen Klosters Arnsburg. Aus dem territorial zerrissenen Oberfürstentum Hessen ging so die gebietsmäßig stark vergrößerte hessen-darmstädtische Provinz Oberhessen hervor. Noch nicht „geschluckt“ werden konnte Ysenburg-Büdingen, das als Teil des Fürstentums Isenburg während der napoleonischen Zeit zum Rheinbund gehörte, seine Annexion erfolgte 1813. Die Provinzhauptstadt Gießen erfuhr auch durch die Übernahme neuer Verwaltungsfunktionen eine weitere Aufwertung, und für die städtische Entwicklung (Erweiterung) als nützlich erwies sich die Niederlegung der militärisch sinnlos gewordenen Festungswälle.

Das kurhessische Oberhessen war ab 1807 Teil des Königreichs Westphalen, das als Modellstaat für die Übernahme des zentralistischen französischen Vorbildes ausersehen war und damit bei der Einführung der Gewerbefreiheit, der bürgerlichen Emanzipation der Juden, des Code Napoleon sowie der Reform der Agrarverfassung (Aufhebung von Leibeigenschaft und Frondiensten) rascher vorankam als die Nachbarstaaten. Das kurhessische Oberhessen (Marburger Land und die Schwalm) und der östliche Teil von Niederhessen (Eschwege, Hersfeld, Schmalkalden) bildeten das Werra-Departement, mit den Distrikten Marburg, Hersfeld und Eschwege, der Präfekt saß in Marburg, ebenso die oberen Gerichte. Trotz dieser in vieler Hinsicht fortschrittlicheren Regelungen, die durchaus auch vielen zugute kamen (Beamten, der Universität, Professoren, Lehrern und Soldaten) und von diesen auch geschätzt wurden, lasteten doch die Quartierforderungen und Steuergelder, Aushebungen und Truppenverpflegung schwer auf Bürgern und Stadt und vor allem den Bauern. So fanden die Franzosen keine Zustimmung bei der breiten Bevölkerung und dem seiner Privilegien verlustig gegangenen Landadel. Kurhessen bildete von 1806 an ein Zentrum des Widerstandes und bereits im Dezember 1806 und später 1809 kam es u. a. in Marburg zu Unruhen und kleineren Erhebungen, die aber scheiterten. Ihre Führer wurden hingerichtet. Eine andere französische Sanktion bestand darin, landesfürstlichen Besitz jeder Art aus Marburg abzutransportieren, darunter das Mobiliar des Schlosses. Später ließ Jérôme auch den Elisabethschrein nach Kassel holen, von wo er, nach dem Ende der napoleonischen Besatzung und fachgerecht der Kostbarkeiten beraubt, nach Marburg zurückkehrte.

Auch im Darmstädter Gebiet gab es Reformen, wenn auch zunächst mehr auf der Verwaltungsebene, wie die Provinzgliederung von 1803. Außerdem wurden die noch als althessische Relikte in Oberhessen vorhandenen Landstände samt ihrem Steuerbewilligungsrecht und der Steuerfreiheit der Ritterschaft beseitigt. In diesen Zusammenhang gehört auch die Abschaffung der Leibeigenschaft und der Frondienste (1808 bzw. 1811), allerdings - und dies war besonders für Oberhessen von großem Nachteil - noch nicht in den ehemaligen Standesherrschaften. Das System der Grundherrschaft wurde dort nicht aufgehoben, vielmehr ausdrücklich als privatrechtliches Eigentum bestätigt, das nur durch finanzielle Entschädigungen abgelöst werden konnte. Da die Bauern hierzu in den meisten Fällen - besonders im armen Hinterland und Vogelsberg - nicht in der Lage waren, und die Bundesakte von 1815, also auch nach der napoleonischen Zeit(!) diese Rechte schützten, bedeutete dies vor allem für Teile von Oberhessen die Zementierung der wirtschaftlichen Rückständigkeit und den Anlaß für weitere Auswanderungen - jetzt zumeist nach Nordamerika - und

Revoluten im 19. Jahrhundert. Die Standesherrn behielten außerdem noch ihren privilegierten Gerichtsstand, ihre Domänen, die niederen Polizei-, Jagd- und Fischereirechte und die kirchliche Präsentationsbefugnisse, d. h. das Vorschlagsrecht für die Besetzung des betreffenden Kirchenamtes, auch Patronat genannt.

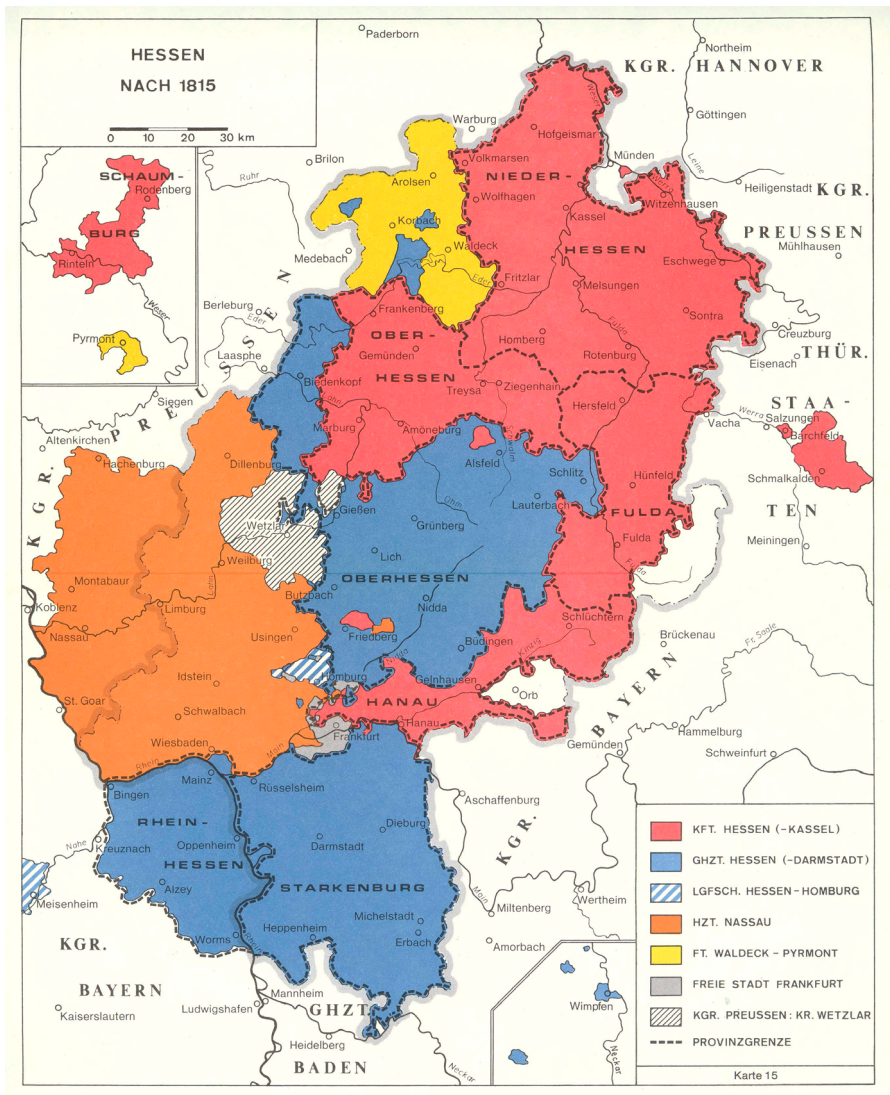
Vor allem unter den Studenten der Landesuniversität in Gießen gärte es zu jener Zeit. Schon unter Napoleons Vorherrschaft entstanden so um 1809 dort Burschenschaften um die Leitfigur Friedrich Gottlieb Welcker, Lehrer am Gießener Pädagog, der sich schon während der Rheinbundzeit für die Einheits- und Freiheitsbewegung in Deutschland einsetzte. Viele von ihnen schlossen sich 1813 den Freikorps gegen Napoleon an. Die gesellschaftlichen Fortschritte, die sich im Bereich des Königreichs Westphalen stärker ausgewirkt hatten, griffen im Darmstädter Oberhessen nicht oder erst viel später, so daß hier von Anfang an die Belastungen durch die Fremdherrschaft stärker das Bewußtsein prägten.

8. Oberhessen zwischen 1815 und 1866 und im Kaiserreich

Der Wiener Kongreß von 1815 stellte die Eigenstaatlichkeit von Hessen-Homburg und Kurhessen wieder her. Der zurückgekehrte Kurfürst Wilhelm I. beseitigte zunächst die französisch geprägten freien Verfassungs- und Verwaltungsinstitutionen, führte im wahrsten Sinne den alten Zopf in der Armee wieder ein und stufte Personal, Beamte und Soldaten zurück, sehr zum Verdruß vieler seiner Untertanen. 1820/1 folgte eine Neuorganisation der Provinzen, Marburg als Provinzhauptstadt und Sitz der Landesuniversität erhielt eine Regierung und ein Obergericht; die Kreisorganisation, die an die Stelle der alten Ämter trat, orientierte sich am preußischen Vorbild, die kurhessische Provinz Oberhessen umfaßte dabei die Kreise Marburg, Frankenberg, Kirchhain und Ziegenhain. 1827 hatte diese Provinz - die bevölkerungsschwächste der vier kurhessischen Provinzen - 107 932 Einwohner, 1849 waren es 118 370, davon lebten 9 754 in Marburg³ (s. Karte 15).

Das Großherzogtum Hessen-Darmstadt verlor 1814/5 in seiner oberhessischen Provinz wieder das kurz zuvor erworbene Amt Dorheim an Kurhessen und Hessen-Homburg, das 1814 wieder eigenständig wurde, erhielt aber als Entschädigung einen Teil der nun mediatisierten isenburgischen Lande unter die eigene Oberhoheit, also Stadt und Gericht Büdingen, sowie die Gerichte Düdelsheim und Mockstadt.

3 Schultz, Uwe (Hrsg.), Die Geschichte Hessens, Stuttgart 1983, S. 162.



Schloß und Kloster Marienborn kamen 1816 hinzu, außerdem wurden noch die kurhessische Hälfte des Amtes Vilbel, der homburgische Anteil an Petterweil und die solms-rödelheimsche Hälfte von Niederursel zu Teilen der Darmstädter Provinz Oberhessen. Diese erreichte zu jener Zeit ihre größte Ausdehnung und war mit 74 Quadratmeilen die flächenmäßig größte der drei großherzoglichen Provinzen, bildete aber nach wie vor kein geschlossenes Ganzes: im Norden existierten drei von einander ebenfalls isolierte Exklaven im

kurhessischen bzw. waldeckischen Territorium, nämlich der Bezirk Vöhl, die alte Herrschaft Itter (heute am Edersee gelegen), zu dem auch das Kirchspiel Eimelrod und Höringhausen gehörten; ebenso gab es im Süden die untereinander nicht verbundenen Exklaven Vilbel, Rödelheim Niederursel und Steinbach. Außerdem umschloß das Darmstädter Oberhessen zwei kurhessische Exklaven - das Amt Dorheim und das Gericht Katzenberg. Die Provinz umfaßte 1841 folgende 12 Kreise: Gießen, Biedenkopf, Alsfeld, Lauterbach, Schlitz, Grünberg, Schotten, Hungen, Friedberg, Nidda, Büdingen und Vilbel, für den Bezirk Vöhl galt eine Sonderregelung.

Zu den beiden anderen Darmstädter Provinzen, Starkenburg und Rheinhessen, bestand nach wie vor keine direkte Landverbindung, was sich auch bis zum Schluß nicht ändern sollte.

1828 lebten in dieser Provinz 271 642 Einwohner (von 718 373 des Großherzogtums insgesamt), davon waren 251 260 evangelisch, 12 699 katholisch, 354 Mennoniten und 7 329 Juden.⁴ Gießen war Provinzhauptstadt mit Regierungskollegium und oberem Gericht, außerdem Sitz der Landesuniversität und eines Landesgymnasiums, Büdingen hatte das zweite und Friedberg eine lateinische Vorbereitungsschule.

9. Die bäuerliche Bevölkerung - ihre Lage, ihre Probleme

Die bäuerliche Bevölkerung machte durch die Jahrhunderte den weit überwiegenden Teil der Bevölkerung in beiden hessischen Staaten aus, erst recht in Oberhessen, und die Landwirtschaft war der klar dominierende Wirtschaftszweig. In der Wetterau, dem Amöneburger Becken, im Ebsdorfer Grund, der Rabenau oder in der Schwalm waren die Bedingungen hierfür auch sehr günstig, anders im Vogelsberg und dem Hinterland, dort kam die ländliche Bevölkerung nicht ohne zusätzliche Nebengewerbe (Flachsanzbau und Verarbeitung in Heimarbeit - hessisches Leinen war lange ein Exportprodukt) über die Runden. Die oberhessische Landwirtschaft krankte, zumal im Vogelsberg und Hinterland, an schlechten Böden, Mängeln in der Viehzucht, technischer Rückständigkeit und besonders an Besitzzersplitterung, die durch die Realteilung verursacht war. Diese Schwierigkeiten waren durch die Entfeudalisierung, also die sogenannte Bauernbefreiung, nicht beseitigt, in vielen Fällen sogar noch verschärft worden, mußten doch die Bauern ihre Freiheit erst durch hohe Ablösesummen - in Kurhessen 1832 das 20fache der jährlichen Abgabesumme, im Großherzogtum das

4 Vgl. Wagner, G. W. J., Statistisch-topographisch-historische Beschreibung des Großherzogtums Hessen, 4 Bde., Darmstadt 1830/1, Bd. 4, S. 63 bzw. 69 - 75.

18fache - von den Grundherren erkaufen, wodurch vor allem in den Armutsgebieten viele Bauern aufgeben mußten, da sie diese Summen nicht aufbringen konnten. Kamen dann noch Preisverfall oder Mißernten und Hungersnöte hinzu, wie es im 19. Jahrhundert mehrfach der Fall war, mußten sie sich als Knechte und Mägde auf den Gütern oder bei größeren Bauern verdingen, als Saisonarbeiter in der Erntezeit aus dem Hinterland in die Wetterau ziehen oder - wie schon so oft - zu meist nach Amerika auswandern.

Besonders rückständig waren dabei in Oberhessen die sogenannten Standesherrschaften, also die einstigen Territorien der Freiherren, Grafen oder Fürsten von Solms, Schlitz, Riedesel, Ysenburg, Stolberg, Schweinsberg, Rau usw., denn die Reformmaßnahmen des Großherzogtums der 1820er Jahre blieben in diesen Gebieten wirkungslos. So gab es sogar im sogenannten „Schenk’schen Eigen“, also Argenstein mit Ochsenburg, Roth und Wenkbach an der Lahn südlich von Marburg, noch Leibeigenschaft. Für die Bauern jener Regionen führte die Mediatisierung gar noch zu einer Doppelbelastung, mußten sie doch neben den neuen Landessteuern auch noch die alten Feudalabgaben entrichten, die in den landesherrlichen Gebieten schon viel früher aufgehoben und abgelöst worden waren. Für die Ablösung dieser Feudalrechte fehlte den Klein- und Kleinstbauern aufgrund gesunkener Agrarpreise und steigender Abgaben das Geld. Immer wieder kam es daher in den Adelsgebieten der Wetterau zu Unruhen, man denke nur an das „Blutbad von Södel“ 1830, auch Friedrich Ludwig Weidigs und Georg Büchners „Hessischer Landbote“ (1834) ist vor diesem Hintergrund zu sehen. Doch erst das Erschrecken der Herrschaften über die Bauernunruhen 1848, die vor allem in den Standesgebieten, aber auch im Kurhessisch-Hanauischen und großherzoglichen Gebiet aufflamnten, führten zu einer Änderung der schon lange überfälligen Verhältnisse. Nur brutaler Einsatz von Militär konnte verhindern, daß die riedeselschen Schlösser oder andere gestürmt wurden. Die Ablösesummen wurden nun nicht von den Bauern, sondern aus der großherzoglichen Staatskasse, also vom Steuerzahler, gezahlt. Spannend ist es, diese Unruhen und Revolten zu verfolgen, aber zur Revolution kam es in Oberhessen nicht.

Die Entschädigungsgelder für die adeligen Standesherrschaften wurden von diesen zumeist dazu verwandt, das durch den Ruin zahlreicher Bauern oder von Ausreisewilligen freigewordene Land aufzukaufen, so stiegen sie zu den größten Grundeigentümern in der Wetterau und im Vogelsberg auf. Der einst feudale Landedelmann wurde so zum Großgrundbesitzer, der von Pachtgeldern lebte.

10. Politische Unruhen in Oberhessen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Doch die wirtschaftliche, soziale und politische Rückständigkeit in Oberhessen rief nicht nur bei der Landbevölkerung Unruhe, ja Aufruhr hervor, eine radikale Gegenbewegung aus dem bürgerlichen Lager formierte sich unter Studenten der Universität Gießen, die gegen das auf „Restauration“, „Legitimität“ und „Solidarität“ beruhende System des Deutschen Bundes opponierte. Hier bildete sich mit den „Gießener Schwarzen“ um Karl Follen eine Gruppe, die zum radikalsten Flügel der seit 1818 zusammengeschlossenen deutschen Burschenschaften gehörte. Die jungen Männer hatten zumeist schon in Freikorps gegen Napoleon gekämpft und erstrebten nun einen gewaltsamen Sturz der Fürsten und die Errichtung einer deutschen Einheitsrepublik, für die K. Follen eine weitreichende Verfassung entworfen hatte. Ihrer Agitation ist zu verdanken, daß die Volksbewegung der „wilden (d. h. verbotenen) Landtage“ (1818/9) entstand. Ein Schüler Follens war Karl Ludwig Sand, der den Lustspielautor Kotzebue 1819 ermordete und damit Österreichs Fürst Metternich den willkommenen Anlaß zu den berichtigten „Karlsbader Beschlüssen“ von 1819 bot, die u. a. zum Verbot der Burschenschaften führten. Karl Follen, der nichts mit dem Attentat auf Kotzebue zu tun hatte, mußte nach Amerika fliehen, wo er sich später u. a. in der Antisklaverei-Bewegung engagierte.

Gießens Studenten, die aus dem ganzen Großherzogtum kamen, waren führend beteiligt bei der Gründung der deutschen Burschenschaften 1815, beim Wartburgfest 1817, den geheimen Bündnissen und Treffen in den 1820ern (Wilde Landtage), dem Hambacher Fest 1832 und dem bewaffneten Aufstandsversuch in der Hauptstadt des Deutschen Bundes, dem sogen. „Frankfurter Wachensturm“ 1833. In den 1840er Jahren bildeten die Studenten knapp 10% der damals 7224 Einwohner Giessens.

Den Höhepunkt des politischen Radikalismus in Oberhessen bildete wohl die 1834 nach Straßburger Vorbild gegründete „Gesellschaft für Menschenrechte“ um Georg Büchner und den Butzbacher Rektor Friedrich Ludwig Weidig, die beide gemeinsam auch den „Hessischen Landboten“ - die eindrucksvollste politische Flugschrift der deutschen Literatur - 1834 herausbrachten. Sie scheiterten an der mangelnden Resonanz jener, für die sie sich einsetzten, der Landbevölkerung; den Verfolgungen konnte sich Büchner noch rechtzeitig durch Flucht nach Straßburg entziehen, Friedrich Ludwig Weidig wurde durch den jahrelangen Verhörterror des Gießener Hofgerichtsrats Georgi 1837 in den Freitod getrieben. Die Nachdrucker der 2. („Marburger“) Auflage blieben bis 1848 in kurhessischen Kerkern.

Im Marburger Land hatte es 1830 keine großen Unruhen gegeben wie in Kassel oder Hanau, doch entwarf hier der Staatsrechtler Sylvester Jordan als Abgeordneter der Universität 1830 die ältesten kurhessischen Grundrechte und trug maßgeblich zur Entstehung der kurhessischen Verfassung bei. Nach einem Hochverratsprozeß wurde er ab 1839 im Marburger Schloß, das die Franzosen schon in ein Gefängnis umgewandelt hatten, bis 1845 inhaftiert. Vor der Revolution von 1848 wurde er dann eine der großen Symbolfiguren des deutschen Liberalismus, die auch auf den jungen Wilhelm Liebknecht aus Gießen tiefen Eindruck machte.

In Gießen war zu jener Zeit Zoologieprofessor Carl Vogt („Affenvogt“) die dominierende Persönlichkeit der politischen Szene des unruhigen städtischen Bürgertums. Vogt, ein Neffe der Brüder Follen, galt als Republikaner, der mit August Becker - dem „roten Becker“ - zusammen eine Zeitung herausgab, wurde Oberst der Gießener Bürgergarde, des bewaffneten Organs des städtischen Bürgertums, und vertrat Gießen später in der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche. Ende 1848 schlossen sich alle Bürgerwehren Gießens, Wetzlars, Butzbachs, später auch Marburgs, Lichs und Laubachs zusammen, um der bedrohten Revolution zu helfen - doch sie konnten ihre Niederlage nicht abwenden. Vogt mußte in die Schweiz fliehen und wurde in Genf berühmter Wissenschaftler und aktiver Schweizer Nationalrat. Auch in Oberhessen hatte - wieder einmal - die Reaktion gesiegt.

11. Wirtschaftliche Entwicklung - Industrialisierung in Oberhessen

Ein Blick auf die Ausgangslage Oberhessens von 1815 zeigt, daß die wirtschaftliche Struktur sehr rückständig war und daher erhebliche Anpassungsprozesse bewältigt werden mußten, was nicht nur für die hier eindeutig dominierende Landwirtschaft galt, sondern genauso für die ländlichen Nebengewerbe und das Handwerk, großgewerbliche Produktion gab es damals fast gar nicht. Die Textilmanufakturen hatten unter der Kontinentalsperre gelitten und danach unter der billigeren englischen Konkurrenz. Etwas besser sah es im Eisengewerbe aus.

Die oberhessischen Städte waren um 1834/5 noch beschauliche Ackerbürgerstädte, d. h. auch die Gewerbetreibenden waren zur Lebenssicherung auf eigene landwirtschaftliche Tätigkeit angewiesen - eine genaue Unterscheidung zwischen den verschiedenen Wirtschaftssektoren war damals noch gar nicht möglich.

Die traditionellen Wirtschaftssektoren dieser vorindustriellen Welt mußten wegen fehlender Alternativen zunächst sogar noch große Teile

des wachsenden Arbeitskräftepotentials aufnehmen, was zur Abwertung der einzelnen Stelle führte, zur Verminderung des Lohn-Einkommens und zu verstärkter Verelendung. In Kurhessen etwa erwirtschafteten nur 10% der Höfe ein ausreichendes Einkommen! Die Realteilung führte zu immer kleineren Nutzflächen. Mehrere europäische Agrarkrisen verschärften die Situation, zumal in den ertragsschwachen, kargen Mittelgebirgsregionen von Hinterland und Vogelsberg. Die dort betriebenen Nebenerwerbsmöglichkeiten Flachsspinnerei und Leinwand-Weberei gerieten - wie das alteingesessene hessische Wollgewerbe - in die Krise. Die nachlassende Massenkaufkraft trieb auch viele Handwerker in den Ruin, und vielen blieb der soziale Abstieg nicht erspart. Die ausgeprägten vorindustriellen Verelendungstendenzen nennt man Pauperismus, verursacht durch die infolge des Bevölkerungswachstums ausgelöste zunehmende Kluft zwischen dem Angebot an Arbeitskräften und jenem an Arbeitsplätzen. Viele aus Hinterland und Vogelsberg wurden zu Saisonwanderern in besser gestellte Gegenden wie etwa die Wetterau, wo man zur Erntezeit die aus dem Hinterland oder dem Fuldaer Gebiet stammenden „Hessedrescher“ antreffen konnte. Andere suchten ihr Heil in der Auswanderung, wobei dies im 19. Jahrhundert lange von Regierungsseite aus- und nachdrücklich unterstützt wurde, um des Problems der Übervölkerung Herr zu werden. Industrialisierung schied in den Augen der kurhessischen, großherzoglichen und meist auch standesherrlichen Obrigkeiten als Alternativlösung aus, da man - gewarnt durch das englische Beispiel - Proletarisierung und politische Unruhen fürchtete. „Mit Auswanderung hindert oder stört oder dämpft man Revolutionen“, meinte beispielsweise Fürst Metternich. Ergebnis war, daß die Bevölkerungsverluste in Oberhessen und dort gerade in den Krisengebieten am stärksten waren: Zwischen 1846 und 1864 sank die Einwohnerzahl von 310 141 auf 289 559. Ganze Dörfer zogen nach Amerika, z. B. Wernings bei Wennings im Vogelsberg. Im kurhessischen Frankenberg sank die Bevölkerung gar um 16%.

Nicht zuletzt hinderte auch die Vielzahl klein- und kleinräumlicher Zollschranken - man denke an die En- oder Exklaven - gerade in der Region Oberhessen einen wirtschaftlichen Aufschwung. Das sollte sich erst nach 1866 bzw. 1871 merklich ändern, vor allem unter preußischer Regie, wobei dem Eisenbahnbau eine wichtige raumerschließende Rolle zukam.

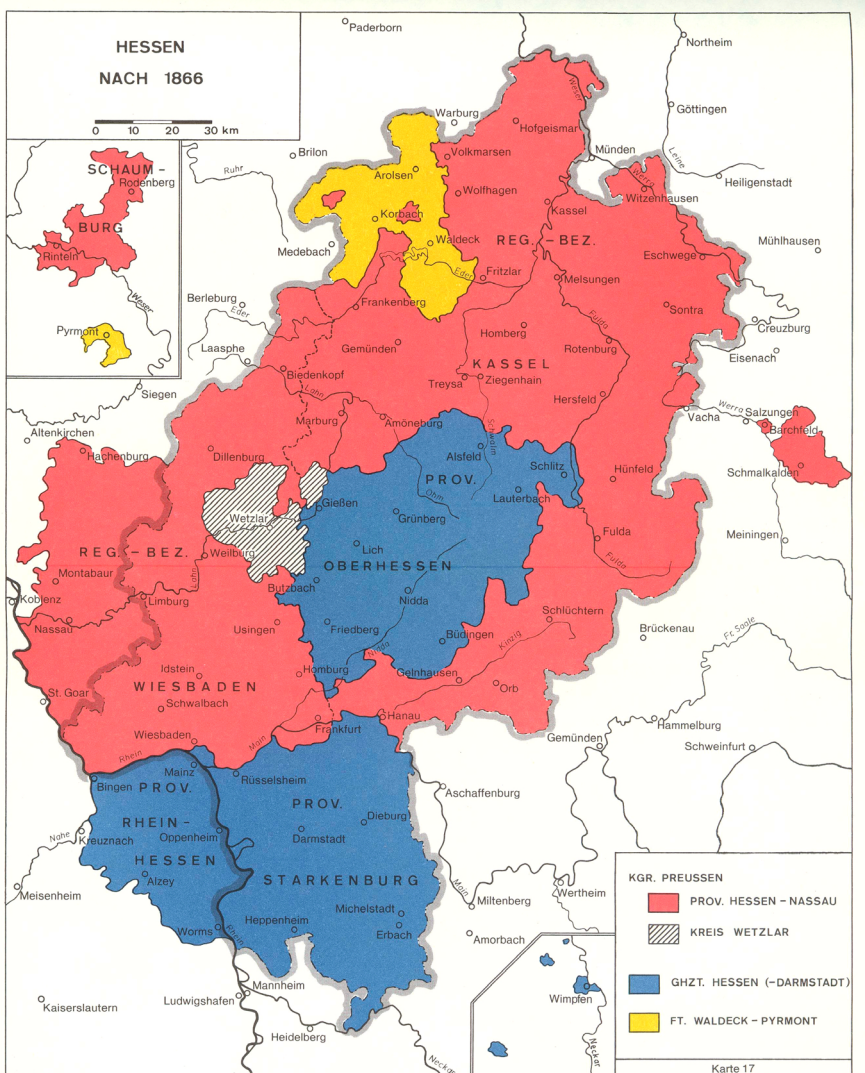
Ansätze einer Industrialisierung gab es durchaus auch im Oberhessischen, so besonders in der Eisenindustrie, die hier an eine lange Tradition in der Eisenverarbeitung anknüpfen konnte. Zu erwähnen ist Formschneider Soldan aus Frankenberg, der schon 1528 in der Neuschmiede des Klosters Haina wirkte, oder die Ludwigshütte in Bie-

denkopf, ein bedeutendes Hammer- und Schmelzwerk im 19. Jahrhundert, besonders aber gilt dies für die Unternehmerfamilie Buderus, die aus kleinsten Anfängen in der einst laubach'schen Friedrichshütte, in Hirzenhain, Lollar und vor allem dann im preußischen Wetzlar ein Unternehmen von Weltruf schuf. Auch die in Gießen und der Lindener Mark abgebauten Brauneisen- oder Manganerzvorkommen waren bedeutsam, daneben kann noch die Braunkohleförderung erwähnt werden, die später in Wölfersheim verstromt wurde. In Gießen sind außerdem vor allem die Tabak- (Gail und andere), die Textilindustrie und die Gail'sche Tonwarenfabrik hervorzuheben. Butzbach entwickelte sich zum industriellen Standort in der Wetterau, Schlitz und Lauterbach hatten klangvolle Namen in der Leinwand- und Damastherstellung, wie überhaupt Textilherstellung und -verarbeitung im Oberhessischen von alters her eine bedeutsame Rolle spielten. Doch gilt es festzuhalten, daß sich Oberhessen nie zu einer Industrieregion entwickelte. Gleichwohl trugen die Ansätze, der Eisenbahnbau und der wirtschaftliche Aufschwung in den sogenannten Gründerjahren des Kaiserreichs wesentlich zu einem Rückgang der Auswanderung bei, wenn sie auch nie ganz zum Versiegen kam. Die Ballungszentren an Rhein und Main, auch an Lahn, Dill und Sieg verursachten allerdings eine Binnenwanderung und Pendlerströme. In Frankfurt entstand so 1907 ein „Verein der Oberhessen“, zu dem sich viele der ins „preußische Ausland“ Ausgewanderten zusammengeschlossen hatten - der Verein existiert noch heute.

Krisenhafte Regionen, in denen nur die alten Auskommensmöglichkeiten verfielen und keine Neuansätze zu registrieren waren, fielen aber noch weiter zurück und verloren Menschen, so besonders der Frankfurter Raum.

12. Die Schicksalsjahre 1866 und 1871

Die drei hessischen Staaten - wenn man auch das damalige Nassau so bezeichnen darf - standen im deutschen Bruderkrieg 1866 auf der österreichischen und damit der Verliererseite. Die Folgen waren nicht nur, aber besonders für beide oberhessischen Provinzen einschneidend (s. Karte 17): Kurhessen verschwand abermals als eigener Staat und wurde von Preußen annektiert, die kurhessische Provinz Oberhessen wurde aufgelöst und Teil der preußischen Provinz Hessen-Nassau im Regierungsbezirk Kassel, Marburg verlor seine Position als Provinzhauptstadt und wurde zu einer preußischen Universitätsstadt.



Hessen- Darmstadt behielt seine, wenn auch stark eingeschränkte Selbständigkeit, mußte aber von seinem Oberhessen große Teile an Preußen - das gerne bis zur Mainlinie vorgedrungen wäre - abtreten: 1. das ganze althessische Hinterland (mit den Ämtern Biedenkopf, Gladenbach und Battenberg) - das als Kreis Biedenkopf dem preußischen Regierungsbezirks (Nassau)-Wiesbaden (!) zugeschlagen wurde, 2. den Nordteil des damaligen Kreises Gießen, also das Amt Königsberg mit den Dörfern Fellingshausen, Frankenbach, Königsberg,

Krumbach, Rodheim-Bieber, Waldgirmes, Naunheim und Herrmannstein - sie wurden zum „Hinterland“ des schon seit 1815 zu Preußen gehörenden Wetzlar, das bis 1932 zur preußischen Rheinprovinz und dann zur preußischen Provinz Hessen-Nassau gehören sollte. 3. Das wegen Erlöschens der Linie nur wenige Monate an Darmstadt „heimgefallene“ Hessen-Homburg - das in den preußischen Regierungsbezirk Wiesbaden eingegliedert wurde, 4. das Amt Vöhl (heute z. T. am Edersee gelegen), das dem Regierungsbezirk Kassel der preußischen Provinz Hessen-Nassau eingegliedert wurde.

Die übrige noch bei H.-Darmstadt verbliebene Provinz Oberhessen, zu der wenig später noch die Ämter (heute: Bad) Nauheim sowie Reichelsheim in der Wetterau, der Distrikt Katzenberg sowie Gronau, Massenheim und Dortelweil (heute alle zu Bad Vilbel gehörend) im Austausch kamen, wurde überdies als einzige der drei Darmstädter Provinzen dem Norddeutschen Bund angeschlossen. Das hessische Militär - eine Division - wurde zum integrierten Teil eines preußischen Armeekorps, das Gießener Infanterieregiment Nr. 116 erhielt 1891 den Namen „IR Kaiser Wilhelm (2. Großherzoglich-Hessisches) Nr. 116“.

Ein Blick auf die politischen Strömungen in Oberhessen nach 1866 und besonders 1871 zeigt, daß nach der stärkeren Demokratisierung des Landtags- und Kommunalwahlrechts in Preußen und dem Großherzogtum die hier einst starken Linksliberalen nach 1866 viele Anhänger an die Nationalliberalen verloren, die trotz der verfassungspolitischen Defizite Bismarck unterstützten. Ende der siebziger Jahre gerieten auch diese in der Region unter wachsenden Druck ihrer politischen Konkurrenz, einmal der Freikonservativen, zum anderen Ende der 90er vor allem der neuen fortschrittsfeindlichen, antisemitischen Protestbewegung in Oberhessen. Seit der Gründerkrise von 1873 war reichsweit eine Zunahme antisemitischer Strömungen zu registrieren, doch hatten sie nirgendwo sonst solche Erfolge wie in Oberhessen. Der Marburger Volkskundler und Bibliothekar Otto Böckel war der spiritus rector dieser Bewegung, so daß man auch von der Böckel-Bewegung sprach; mehrere Legislaturperioden lang schickten Oberhessen ihn, den „oberhessischen Bauernkönig“, als Abgeordneten für die antisemitische Partei in den Berliner Reichstag. Besonderen Rückhalt hatte diese Bewegung nicht so sehr in den Städten, als vielmehr in den überaus krisenanfälligen ländlichen Gebieten, dort unterstützt von dem schriftstellernden Pfarrer Ludwig Rudolf Oeser, der unter dem Pseudonym Otto Glaubrecht mit seinen leicht lesbaren Volksroman „Das Volk und seine Treiber“ die Oberhessen wirkmächtig in die Devise, „die Juden sind unser Unglück“ einstimmt.

Erst im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs, der Gründung von Raiffeisenkassen und zunehmender Industrialisierung (Eisenbahnbau) sowie amtlicher wie privater Gegenpropaganda - z. B. Leopold von Sacher-Masows mit seinem „Oberhessischen Volksbildungsverein“ in Lindheim/Wetterau - konnten die Antisemiten zurückgedrängt werden, doch blieben sie stark und boten später den Nationalsozialisten den wohl vorbereiteten Boden.

Es mag erstaunen, aber aus dieser landwirtschaftlich geprägten, wirtschaftlich rückständigen Region, in der die Industrialisierung nur punktuell und eher am Rande Einzug hielt, wuchs ein sozialdemokratisches Urgestein heran - nein, nicht August Bebel, der mit Wetzlar eng verbunden ist, ist hier gemeint, sondern der Gießener Wilhelm Liebknecht, der mit eben diesem August Bebel zusammen 1869 in Eisenach die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) gründete. Auch Eduard David, der erste Präsident der Weimarer Reichversammlung und spätere Reichsminister verbrachte Jugend- und Studentenjahre in Krofdorf bzw. Gießen und darf als Oberhesse gelten.

13. Die jüdische Bevölkerung Oberhessens

Fragt man danach, weshalb gerade Oberhessen zu d e r Hochburg der politischen Antisemiten im Deutschen Reich werden konnte, bemerkt man, daß hier der jüdische Bevölkerungsanteil - auch was die Zahl der jüdischen Gemeinden betraf - prozentual und absolut höher war als in anderen Gegenden des damaligen Deutschland, von Großstädten wie Berlin und Breslau und der Pövinz Posen-Westpreußen einmal abgesehen. Wobei noch bedacht werden muß, daß im 19. Jahrhundert gerade auf den Dörfern und in den Klein- und Kleinstädten der jüdische Anteil an der Bevölkerung noch höher war als Anfang des 20. Jahrhunderts. So lebten etwa im Reichstagswahlkreis Kassel 5, in dem es 4 größere Städte gab und 7 Kleinstädte mit weniger als 1500 Einwohnern und der ungefähr der alten kurhessischen Provinz Oberhessen entsprach - nämlich die Landkreise Marburg, Frankenberg, Neustadt und Kirchhain und das ehemals großherzogliche Amt Vöhl umfassend - 1885 für deutsche Verhältnisse sehr viele jüdische Menschen auf den Dörfern: 1072 von 2226 = 48%, 1905 waren es 40,5% - mehr jedenfalls als anderswo in Deutschland.⁵

Die ersten jüdischen Gemeinden im späteren Oberhessen finden sich schon 1236 in der Wetterau, in der Reichsstadt Friedberg; sie unter-

5 Vgl. Dettmering, Erhart u. Grenz, Rudolf (Hrsg.), Marburger Geschichte - Rückblick auf die Stadtgeschichte in Einzelbeiträgen, Marburg 1980, S. 474 ff.

standen damals unmittelbar dem Kaiser, dessen hoheitliche Rechte über sie unter dem Begriff der Kammerknechtschaft zusammengefaßt waren. Allmählich begann, was man „Territorialisierung“ der Juden nannte, daß sie nämlich nach und nach einem Landesherren oder einer städtischen Obrigkeit als oberstem Schutzherren unterstellt wurden, daher die Bezeichnung „Schutzjuden“. Diesen Schutz gegenüber den Anfeindungen und Verfolgungen ihrer christlichen Mitbürger ließen sich die jeweiligen Landesherren teuer bezahlen. Daß es gerade in Oberhessen so viele „Schutzjuden“ gab, erklärt sich aus der Vielzahl von Patrimonialherrschaften, also den kleinen Standesherrschaften, in diesem Gebiet. Dabei ließen es diese Landesherren nicht an Phantasie fehlen, Abgaben von Juden für fast alle Lebensäußerungen zu erfinden, so daß schließlich ein Schutzjude das Vierfache an Abgaben eines christlichen Untertanen erbringen mußte.

Fast alle Juden in den ländlichen Gemeinden und Kleinstädten Oberhessens waren im Handel - meist im Viehhandel - tätig und betrieben daneben auch die damit verbundenen Geldgeschäfte. Eine andere Existenzgrundlage war ihnen auch bis ins erste Drittel des 19. Jahrhunderts nicht erlaubt. Bis 1866 waren Juden in Kurhessen die Landwirtschaft, das zünftige Handwerk und der Staatsdienst praktisch verschlossen. Erst die Annexion durch Preußen schuf hier einen Wandel.

Noch in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts gab es im Marburger Land kaum Genossenschaftskassen, so daß Bauern, die Geld oder Kredite brauchten, sich an jüdische Geldhändler wandten. Konnte dann ein Bauer seine Schulden nicht zurückzahlen, was angesichts der oft kümmerlichen Bodenverhältnisse und der Vielzahl von Klein- und Kleinstbetrieben - zumal bei Mißernten - nahelag, kam sein Hof zur Zwangsversteigerung, wobei die jüdischen Geldhändler seit 1866 auch als Bodenhändler eine wichtige Rolle spielten. Hier setzten die politischen Antisemiten an, indem sie nicht die eigentlichen Ursachen der Misere, sondern die Juden als „Güterschlächter“ zum Alleinschuldigen erklärten. Die Forderung der Juden nach rechtlicher Gleichstellung, worin sie von den Liberalen unterstützt wurden, erregte besonders den Mißmut der Bauern.

14. Revolution 1918/9 und Weimarer Republik

Wie überall im Kaiserreich bildeten sich auch in Oberhessen am Ende des 1. Weltkrieges Arbeiter- und Soldatenräte, denen sich bald noch Bauern- und Bürgerräte zugesellten. Ihre Hauptfunktion war dabei weniger der „Umsturz“ nach russischem Muster, als vielmehr die Aufrechterhaltung der Ordnung. Bei den ersten Reichstagswahlen der

Weimarer Republik siegten in Gießen und Marburg - hier allerdings nur ganz knapp - die Parteien der sogenannten Weimarer Koalition, also demokratische Parteien. Doch war schon früh eine starke Rechtslastigkeit in der Region zu erkennen, insbesondere in den Studentenschaften. Viele, die als Soldat im Krieg gekämpft hatten, kämpften in den illegalen Freikorps weiter, die auch auf Wunsch von Reichswehr und der SPD-Führung im Reich helfen sollten, die junge Republik zu schützen. Dem „Marburger Studentenkorps“ („Stukoma“) wurde dabei die Ermordung von 15 unbewaffneten Arbeitern bei Mechterstädt/Thüringen im März 1920 zur Last gelegt. Bei den Gießener Kompagnien ereignete sich nichts dergleichen, doch sorgte 1927 der Gießener „Fememordprozeß“ reichsweit für Aufsehen, dabei ging es um die Verstrickung von in Gießen stationierter Reichswehreinheit, der Universität und Studenten der Ludoviciana in konterrevolutionäre Putschpläne. In den ländlichen Gebieten erhielten rechtsradikale Gruppen angesichts der schlechten Agrarentwicklung Zulauf. Die Nationalsozialisten verfügten schon Ende der 20er Jahre über eine beachtliche Organisationsstruktur, zur Massenbewegung wurden sie aber erst im Schatten der Weltwirtschaftskrise; der nationalsozialistischen Studentenorganisation „Nationalsozialistischer deutscher Studentenbund“ (NSDStB) gelang es schon 1930/31, die Mehrheit in den Studentenvertretungen von Marburg und Gießen zu erringen, und bei den Septemberwahlen zum Reichstag von 1930 erzielte die NSDAP erstmals über dem Reichsdurchschnitt liegende Erfolge. Die zunehmende Arbeitslosigkeit und die sich verschärfende Agrarkrise ließen sie 1932 im Kreis Gießen 55% und in den Kreisen Marburg-Land und Biedenkopf mehr als 60% erringen, Hochburg aber war der Vogelsberg, in dessen Kreisen Schotten, Lauterbach und Alsfeld jeweils gar über 70% zusammenkamen.

Interessant zu sehen, woran dies lag; nicht zuletzt konnte die antisemitische Substanz wieder mobilisiert werden, wobei auch die mehrheitlich protestantische Ausrichtung der Bevölkerung eine nicht unbedeutende Rolle spielte.

15. Oberhessen unter dem Hakenkreuz

Die „Machtübernahme“ der Nationalsozialisten erfolgte in Oberhessen nach dem 30. Januar 1933 dem allgemeinen Muster. Das Führerprinzip verdrängte die demokratische Selbstverwaltung. Die politische Macht lag bald in den Händen von Gauleitern bzw. Reichsstatthaltern (Jakob Sprenger für den ehemaligen Volksstaat Hessen und Karl Weinrich in Kurhessen). Folgerichtig kam es 1936 zur Auflösung der drei Darmstädter Provinzen sowohl als staatliche Verwaltungsbehörden wie auch als selbständige Gebietskörperschaften. Stichtag für das Ende der Pro-

vinzen und damit auch der letzten Provinz Oberhessen war der 1. April 1937. Nun verlor auch Gießen - nach Marburg 1866 - den Status einer Provinzhauptstadt, blieb aber Sitz verschiedener wichtiger Verwaltungs-, Gerichts- und Parteibehörden.

Der Terror gegen politisch Andersdenkende vollzog sich in Oberhessen ebenfalls nach den gleichen Mustern wie im übrigen Reich mit Ausschaltung politischer Gegner, ihrer Parteien und Massenorganisationen, voran die der Arbeiterbewegung. Ebenso wurde von Anfang an der jüdische Bevölkerungsteil schikaniert, boykottiert, diskriminiert, ausgegrenzt, seiner Rechte und des Eigentums beraubt - die Reichspogromnacht 1938 ist ein brutaler Höhepunkt, der noch einmal viele zur Auswanderung veranlaßte; leider war es kein Zufall, daß Propagandaminister Goebbels sich im Rundfunk besonders auf die aktive Mitarbeit sehr vieler Oberhessen bei diesem Pogrom berufen konnte. Schließlich wurden die nicht ausgewanderten jüdischen Deutschen in sogenannten „Judenhäusern“ konzentriert und dann während des Krieges deportiert und zum größten Teil ermordet.

Das für die ehemals darmstädtische Provinz Oberhessen „zuständige“ KZ befand sich zunächst in Osthofen bei Worms, später war es Buchenwald, für das einst kurhessische Oberhessen war es das KZ Breitenau, Kreis Melsungen. Daneben gab es Gestapo-Dienststellen in fast allen Städten und sogenannte Arbeitserziehungslager, später auch KZ-Außenkommandos und einen KZ-Bauzug, der längere Zeit in Großen-Buseck während des Krieges stationiert war und dessen Häftlinge Reparaturarbeiten an den bombardierten Schienenwegen leisten mußten. Das Ausmaß der Zwangsarbeit, vor allem in Industriebetrieben, aber auch bei Kommunen und Institutionen sowie in der Landwirtschaft und in einzelnen Haushalten, ist auch in Oberhessen bedeutend gewesen.

Die forcierte Aufrüstung brachte vor allem den alten oberhessischen Garnisonstädten Marburg und Gießen, aber auch Friedberg, Büdingen u. a. wirtschaftlichen Aufschwung durch umfangreiche Kasernenbauten, wobei besonders Gießen als projektierte zeitweiliger Sitz des Oberkommandos der Wehrmacht davon „profitierte“, für Hitler selbst wurde Schloß Ziegenberg im Usatal bei Bad Nauheim zum Hauptquartier „Adlerhorst“ ausgebaut und mit starken Bunkeranlagen versehen. Auch die großen Munitionsfabriken in Stadt-Allendorf/Krs. Marburg, die wohl größte Anlage ihrer Art im damaligen Europa, sei erwähnt, die nach dem Krieg die Basis für den größten Industriestandort im kurhessischen Oberhessen bildete, schließlich gehört der Autobahnbau auch in diesen Zusammenhang. All dies trug dazu bei, daß die Zustimmung zur Hitlerpartei vor dem Krieg wohl noch größer wurde.

Wenn auch der Rückhalt der Nazi-Bewegung gerade in Oberhessen sehr früh begann und sehr stark gewesen war, so gab es doch auch Opposition und Widerstand - und zwar von Anfang an. Vor allem aus der Arbeiterbewegung kamen solche Reaktionen, entsprechend hart schlug der Terrorapparat zu. Auch die Bekennende Kirche, der Pfarrernotbund und der Bruderrat hatten unter evangelischen Pfarrern, an den Universitäten und bei Studenten z. T. starken Rückhalt. Pfarrer Paul Schneider, der „Prediger von Buchenwald“ - einst Schüler des Gießener Gymnasiums, Student in Gießen und Marburg, Pfarrer in Hochelheim (Hüttenberg) bis zu seiner von den Nazis erzwungenen Zwangsversetzung nach Dickenschied und schließlich Einweisung ins KZ Buchenwald - bezahlte seinen unbeugsamen und furchtlosen Widerstand aus dem Glauben heraus mit dem Leben. Er sei stellvertretend für viele andere, die ihren Widerstand mit KZ-Haft und dem Leben bezahlten, erwähnt.

Am Ende schlug der Krieg, den Hitler-Deutschland begonnen und geführt hatte, auch direkt auf Oberhessen zurück. Das alte Gießen wurde am 6. 12. 1944 von alliierten Bomben nahezu vollständig zerstört, auch Marburg, Grünberg und andere Ortschaften der einstigen Provinzen hatten unter dem Bombenkrieg zu leiden; vorher freilich waren auch von Gießens Flugplatz und dem Fliegerhorst im Harbwald bei Nidda aus deutsche Bomber gegen die damaligen Feindmächte gestartet. Wieder einmal zog der Krieg durch Oberhessen, und es entbrannten auch hier noch erbitterte Kämpfe mit den vorrückenden US-Truppen, ehe das Dritte Reich besiegt und Oberhessen von der Naziherrschaft befreit war.

16. Was ist von Oberhessen geblieben?

Als das Land Hessen 1946 von der hier zuständigen amerikanischen Militärregierung neu konstituiert wurde, gab es auf Gemeinde- und Kreisebene zunächst keine wesentlichen Veränderungen, doch führte sie keine eigene Provinzregierung mehr für das ehemals großherzogliche, dann volksstaatliche Oberhessen ein, sondern unterstellte dieses Gebiet der deutschen Regierung in Darmstadt, wodurch die alte Darmstädter Provinz Oberhessen zum Nordteil des Regierungsbezirks Darmstadt wurde, Gießen blieb eine große, allerdings jetzt amerikanische Garnisonstadt, erhielt seinen Status als Provinzhauptstadt nicht mehr zurück und verlor fast auch noch seine stark kriegszerstörte Universität. Am 19.9.1945 erfolgte die Proklamation von „Großhessen“ mit den im wesentlichen unveränderten bisherigen Verwaltungsbezirken Darmstadt, Kassel und Wiesbaden; nur die Verwaltungen der evangelischen und der katholischen Kirchen haben bis heute die alte großherzogliche

Provinzstruktur von Oberhessen beibehalten, so gibt es einen Propst von Oberhessen.

Die einst kurhessische Provinz Oberhessen erstand ebenfalls nicht mehr wieder, das Marburger Land wurde - wie die Schwalm, Hanau und Niederhessen - dem Regierungsbezirk Kassel zugeordnet und das althessisch-oberhessische Hinterland - wie Bad Homburg - dem Regierungsbezirk Wiesbaden. So blieb es über Jahrzehnte, bis die Reform der Gebietsverwaltung in Hessen von 1968 bis 1981 für eine weitere Zerschlagung Oberhessens sorgte. Das althessische Herzstück Oberhessens, die heutigen Kreise Marburg-Biedenkopf, Gießen und Vogelsberg, bilden zusammen mit den Kreisen Limburg und Lahn-Dill - dem etliche althessisch-oberhessische Gemeinden schon lange eingegliedert sind - den Regierungsbezirk Mittelhessen mit Gießen als Bezirkshauptstadt. Der alte Kreis Ziegenhain, als Teil des Schwalm-Eder-Kreises, gehört, zusammen mit dem Altkreis Frankenberg - heute Waldeck-Frankenberg - zum Regierungsbezirk Kassel. Die einst oberhessische Wetterau aber ist als Wetterau-Kreis Teil des Regierungsbezirks Darmstadt geworden, zu dem jetzt auch Bad Homburg (Hochtaunus-Kreis) gehört.

Heute existiert das ursprüngliche Oberhessen fast nur noch in der Erinnerung jener, die noch darüber Bescheid wissen - und die werden immer weniger. Ein historisch begründetes Oberhessen-Bewußtsein, das alle ehemals oberhessischen Teilgebiete umfaßte, konnte sich, wie deutlich geworden sein dürfte, nicht entwickeln. Auf meine Frage, ob sich ein mit der Geschichte Amöneburgs wohl vertrauter Zeitgenosse noch als Oberhesse fühle, antwortete er: „Selbstverständlich“, fügte jedoch mit Nachdruck hinzu, „aber wir sind keine Darmstädter!“

Daß andererseits die Vorstellung, in Oberhessen zu leben, bei etlichen in der Region noch lebendig ist, läßt sich an der Vielzahl von Vereinigungen und Institutionen ablesen, die bei ihrer Namensgebung auf den Zusatz Oberhessen/oberhessisch nicht verzichten - bislang konnten von mir 65 ermittelt werden. Das reicht vom „Abfallwirtschaftsverbund Lahn-Dill/Oberhessen“ über einen Künstler, der sich „Matthes I. von Oberhessen“ nennt, die „Oberhessische Presse“ aus Marburg bis zum „Verein Oberhessen e. V.“ und der „Zusammenkunft oberhessischer Friedensaktivisten (ZOF)“.

Die Geschichte der Region Oberhessen mit ihren Höhen und Tiefen ist eindrucksvoll und verdient es, gepflegt zu werden. Der Oberhessische Geschichtsverein Gießen ist vielleicht zuerst aufgerufen, eigentlich aber sollte es Sache aller Geschichtsvereine von Rödelheim und Bad Vilbel im Süden bis Frankenberg und Spieskappel im Norden, von Herrmanstein, dem Breidenbacher Grund und Biedenkopf im Westen

bis nach Schlitz, Lauterbach, Schotten und Büdingen im Osten sein, hier mitzuwirken.

Einstmals konnte der Oberhesse dem Frankfurter auf dessen verwunderte Frage: „Wie kann nor en Mensch net aus Frankfurt sei?“, stolz zur Antwort geben: „Woas iewes en Kerle eas, eas’n Owerheß“. Was ist von diesem Selbstverständnis wohl heute noch geblieben?

Den geneigten Leserinnen und Lesern wäre ich sehr verbunden, wenn sie mit mir in einen Gedankenaustausch treten könnten zu Fragen wie: Was bedeutet es ihnen, in Oberhessen zu leben, Oberhesse/in zu sein? Was könnte Oberhessen heute sein?

Danksagung

Autor und Redaktion der „Mitteilungen“ danken der Historischen Kommission für Hessen in Marburg für die Genehmigung, gebührenfrei folgende Karten aus der Veröffentlichung Nr. 50: Das Werden Hessens, hrsg. Walter Heinemeyer, Marburg 1986 abdrucken zu dürfen:

1. Landgrafschaft Hessen nach 1264 (Heinemeyer, Geschichte Hessens, Karte 12 (S. 160))
2. Die Landgrafschaft Hessen 1568 (Heinemeyer, Karte 14 (S. 256))
3. Die beiden Provinzen Oberhessens 1815 - 1866, Heinemeyer, Karte 15 (S. 400)
4. Hessen nach 1866, Heinemeyer, Karte 17 (S. 592)

Literaturhinweis :

Brake, Ludwig u. Brinkmann, Heinrich (Hrsg.), 800 Jahre Gießener Geschichte - 1197 bis 1997, Gießen 1997

Demandt, Karl E. , Geschichte des Landes Hessen, 2. Aufl., Kassel 1980

Dettmering, Erhart u. Grenz, Rudolf (Hrsg.), Marburger Geschichte - Rückblick auf die Stadtgeschichte in Einzelbeiträgen, Marburg 1980

Franz, Eckart G. (Hrsg.) Die Chronik Hessens, Dortmund 1991

Heinemeyer, Walter (Hrsg.), Das Werden Hessens, Marburg 1986

Heinemeyer, Walter, Mittelhessen aus Vergangenheit und Gegenwart, Marburg 1991

Heßler, Carl (Hrsg.), Hessische Landes- und Volkskunde - das ehemalige Kurhessen und das Hinterland am Ausgang des 19. Jahrhunderts, 3 Bde. Marburg 1904/6/7

Schultz, Uwe (Hrsg.), Die Geschichte Hessens, Stuttgart 1983

Schwind, Fred (Hrsg.) Geschichtlicher Atlas von Hessen, Text und Erläuterungsband, Hessisches Landesamt für geschichtliche Landeskunde, Marburg 1984